

Zeitschrift für

VERKEHRSS-**ZVR** RECHT

Sonderheft

Redaktion Karl-Heinz Danzl, Christian Huber,
Georg Kathrein, Gerhard Pürstl

Dezember 2010

12a

421 – 492

ZVR-Verkehrsrechtstag 2010 50 Jahre StVO

Themen

Straßenverkehrsrecht – 50 Jahre StVO

Richtlinienumsetzung Straßenverkehr

Reiserecht

Kfz: Schadenersatz- und Vertragsrecht

Luftfahrtrecht



→ Editorial	421
<i>Von Karl-Heinz Danzl</i>	

Bericht

→ 4. ZVR-Verkehrsrechtstag 2010: Tagungsbericht	425
<i>Von Lukas Bauer, Armin Kaltenegger, Konrad Lachmayer, Stefan Perner, Birgit Salamon, Martin Vergeiner</i>	

Beiträge

→ Kleinfahrzeuge und die StVO	427
Kleinfahrzeuge sind im Regelfall zur Verwendung außerhalb der Fahrbahn bestimmt. Ob das immer so ist und die diesbezüglichen Regelungen klar sind, wird übersichtlich dargestellt.	
<i>Von Gerhard Pürstl und Brigitte Nedbal-Bures</i>	

→ Die Zulässigkeit der Erlassung von Verkehrsbeschränkungen in der Rechtsprechung des VfGH	433
Welche Verfahrensschritte hat die Behörde vor Erlassung einer Geschwindigkeitsbegrenzung durchzuführen? Können versäumte Verfahrensschritte später noch nachgeholt werden? Und führt überhaupt jeder Verkehrsfehler zur Gesetzeswidrigkeit der erlassenen Verordnung? Die Antwort auf diese und andere Fragen gibt die zu § 43 StVO ergangene verfassungsgerichtliche Rechtsprechung.	
<i>Von Martin Hiesel</i>	

→ Ignorieren die Behörden die StVO?	437
Gelten Regeln nur für Verkehrsteilnehmer?	
Die Verkehrswirklichkeit zeigt, dass es Verkehrsteilnehmer und Behörden als Adressaten des Gesetzgebers mit der Einhaltung der StVO oft nicht genau nehmen. Während Erstere bei Verstößen mit zum Teil empfindlichen Strafen rechnen müssen, gibt es praktisch keine Sanktionen gegen säumige oder gesetzeswidrig agierende Behörden. Der Beitrag zeigt zahlreiche Beispiele, aber auch Lösungsmöglichkeiten auf, wie der behördliche Wildwuchs in den Griff gebracht werden könnte.	
<i>Von Hugo Hauptfleisch</i>	

→ Zukunftsperspektiven der StVO	442
Rückschlüsse aufgrund der jüngeren Entwicklungen	
Der Ausgangspunkt für die Zukunftsperspektiven der StVO liegt in einem Rückblick auf die gesetzlichen Entwicklungen in den letzten zehn Jahren im Straßenverkehrsrecht. Dabei können signifikante Dynamiken im Rahmen von „Technik – Europa – Verkehrssicherheit“ festgestellt werden, wobei diese Kategorien überschneidend Entwicklungsperspektiven öffnen. Ausgehend von diesen soll auf die „StVO 2020“ geblickt werden und Prognosen der verkehrsrechtlichen Herausforderungen formuliert werden.	
<i>Von Konrad Lachmayer</i>	

→ Die Umsetzung der EU-Richtlinie über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur in Österreich	448
Mit 19. 12. 2010 muss die Richtlinie 2008/96/EG in Österreich umgesetzt sein. Diese Richtlinie gilt für Planung, Bau und Betrieb von Straßen und dient dazu, die Sicherheit zu erhöhen und damit die Zahl und die Schwere der Unfälle herabzusetzen. Der Novellierungsentwurf für das Bundesstraßengesetz samt der dazugehörigen Verordnung stellt nach Ansicht der Autorinnen eine ausgewogene Regelung zwischen den Polen Sicherheit und Wirtschaftlichkeit dar.	
<i>Von Christine Rose und Eva M. Eichinger-Vill</i>	

→ Die Umsetzung der 3. Führerscheinrichtlinie in Deutschland	452
Die 3. Führerscheinrichtlinie hat in Deutschland bislang lediglich zu gesetzgeberischen Aktivitäten im Bereich des Fahrerlaubnisrechts geführt. Hintergrund der Neuregelung war der Versuch, den durch die Rechtsprechung des EuGH ermöglichten Führerscheintourismus einzudämmen. Ob die hierzu ergangene Rechtsprechung der deutschen Verwaltungsgerichte europarechtskonform ist, wird kontrovers diskutiert.	
<i>Von Harald Geiger</i>	

- Rechtsdurchsetzung im Reiserecht 456
Sammelklagen in Österreich
 Das Reiserecht kennt gute materielle Rechte für Konsumenten. Das Problem ist deren gerichtliche Durchsetzung. Die Sammelklage ist eine Antwort auf dieses Defizit.
Von Peter Kolba
- Subjektive Parameter und deren Objektivierung im Reiserechtsprozess 460
 Unter Berücksichtigung des Faktors Zeit werden der reiserechtliche Regelkreislauf des aus Sicht des Reisenden subjektiven Sollens – Erwartungshaltung, Erfahrungen des Reisenden, Erlebnisse vor Ort und deren Evaluierung – und Ansätze zu dessen Widerlegung und möglichen Objektivierbarkeit dargestellt.
Von Eike Lindinger
- Schadenersatz für entgangene Urlaubsfreude 468
 Der Anspruch auf Ersatz der entgangenen Urlaubsfreude beschäftigt zunehmend die Gerichte. Eine Reihe von neuen Entscheidungen gibt Anlass zur Diskussion dogmatischer Grundsatzfragen zu § 31 e Abs 3 KSchG (Ersatz bei Verletzung von vorvertraglichen Aufklärungspflichten, Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle, Bemessung).
Von Monika Hinteregger
- Sachschadenersatz in Österreich 476
Entwicklungstendenzen anhand der aktuellen Judikatur zum Kfz-Schaden
 Nachdem es jahrzehntelang an einer höchstrichterlichen Rsp zum Kfz-Schaden gefehlt hat, sind in jüngster Zeit zu zentralen Fragen – wie einer Abrechnung auf Neuwagenbasis, der Restwertberechnung oder der Bedeutung fiktiver Reparaturkosten – oberstgerichtliche Entscheidungen ergangen. Darauf ist ebenso einzugehen wie auf sonstige für den Sachschadenersatz besonders relevante aktuelle Judikatur.
Von Ernst Karner
- Der Kfz-Leasingvertrag im Lichte der Verbandsklage und des Verbraucherkreditgesetzes 482
 Gerade im Bereich des Verbrauchergeschäfts ist das Leasing ständig Neuerungen und Veränderungen unterworfen. Einerseits bedingt dies die höchstgerichtliche Judikatur; das Finanzierungsleasing beschäftigt den OGH im Rahmen von Verbandsklagen in regelmäßigen Abständen. Andererseits ergeben sich diese aus gesetzgeberischen Vorgaben, wie aus dem seit wenigen Monaten in Kraft stehenden Verbraucherkreditgesetz, das Sonderregelungen für bestimmte Arten des Finanzierungsleasings enthält und damit den neu geschaffenen Schutzregulativen unterstellt. Einige ausgewählte Entwicklungen sollen im Beitrag näher beleuchtet werden.
Von Kirstin Grüblinger
- Die Verordnung (EG) 2004/261 aus der Perspektive des VKI 487
 Der Vortrag gibt einen kurzen Überblick über die Fluggastrechte und deren Einhaltung durch die Fluglinien am Beispiel der europaweiten Flugausfälle aufgrund der Vulkanasche in Island im April 2010.
Von Maria Ecker
- Flugunfalluntersuchung im Spannungsfeld mit der Justiz 489
 Der Beitrag beleuchtet die Abgrenzung der sicherheitstechnischen Untersuchung von Flugunfällen gegenüber denen der Justiz im Lichte des Kommissionsentwurfs zu einer „EU-Flugunfalluntersuchungs-Verordnung“.
Von Joachim J. Janezic

Standards

- Impressum 421